



Gemeinde Henndorf am Wallersee

BEZIRK UND LAND SALZBURG
Hauptstraße 65, 5302 Henndorf a. W.
Tel. 06214 / 82 04, Fax DW 34
e-mail: gemeinde@henndorf.at

EAP 004-1/8/1-2005

NIEDERSCHRIFT

aufgenommen anlässlich der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am Freitag, dem 25. Februar 2005 um 17:00 Uhr im Sitzungssaal der Gemeinde Henndorf am Wallersee.

Anwesend:

Für die Österreichische Volkspartei:

Herr Bürgermeister Rupert Eder
Herr GR Dr. Wolfgang Leinberger
Herr GR Johann Ebner
Herr GR Johann Schwaiger
Herr GR Dr. Wolfgang Kirchtag
Herr GV Dr. Christian Möller
Herr GV Johann Riedl
Frau GV Mag. Karoline Eckereder-Edtstadler
Herr GV Josef Eder
Herr GV Friedrich Schmidhuber
Herr GV Gerhard Wieder

Für die Sozialdemokratische Partei Österreichs:

Herr Vizebürgermeister Walter Seidl
Frau GR Mag. Hildegard Eisl
Frau GR Dorothea Aberger
Frau GV Adelheid Lipp
Herr GV Alois Hemetsberger
Herr GV Herbert Thalhammer

Für die Freien Demokraten Henndorfs:

Herr GV Johann Kaindl

Nicht anwesend:

Für die Österreichische Volkspartei:

Frau GV Elfriede Schwaiger

Für die Sozialdemokratische Partei Österreichs:

Herr GV Franz Ortner

Für die Freien Demokraten Henndorfs:

Herr GV Franz Brandstätter

Schriftführerin: Enhuber Monika

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit:
2. Fragestunde gem. § 32 lit. h GO 1994 und § 9 (6) der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung Henndorf am Wallersee:
3. Bericht und Anträge des Ausschusses für Dorfgestaltung und Verkehr:
4. Bericht und Anträge des Ausschusses für Schule, Kindergarten, Soziales und Kultur:
5. Bericht und Anträge des Ausschusses für Bau- und Raumordnungsangelegenheiten und Gemeindelienschaften:
6. Bericht und Anträge des Ausschusses für Umwelt, Sport, Jugend, Freizeit und Fremdenverkehr:
7. Antrag SPÖ - Fraktion - Erhebung zur Erstellung einer Projektstudie für betreubares Wohnen:
8. Auftragsvergabe Allwetterspielplatz - Beratung und Beschluss:
9. Dienstbarkeitsvertrag Salzburg AG - Hochspannungskabel für Mehrzweckhalle und Anschluss:
10. Informationen über Beschlüsse der Gemeindevorsteherung:
11. Allfälliges

Erledigung:

Öffentlicher Teil

zu 1.) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Der Bürgermeister eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2.) Fragestunde gem. § 32 lit. h GO 1994 und § 9 (6) der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung Henndorf am Wallersee:

Es sind keine Fragen eingelangt.

zu 3.) Bericht und Anträge des Ausschusses für Dorfgestaltung und Verkehr:

Der Ausschuss hat am 26. Jänner seine letzte Sitzung abgehalten und folgende Tagesordnung unter Vorsitz von GR Dr. Wolfgang Leinberger behandelt:

1. *Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;*
2. *Ankündigungstafeln – Ansuchen um Aufstellung – Beratung;*
3. *„B1 – alt“ – gemeinsame Standortbestimmung;*
4. *Diverse Verkehrsangelegenheiten:*
 - 4.1. *Dr.-Max-Gmachl-Weg – Fahrverbot für LKW's – Beratung*
 - 4.2. *Altentannstraße – Verkehrsaufkommen*
 - 4.3. *Schulparkplatz – Ausfahrt*
 - 4.4. *Querungshilfe Hankham – Beratung*
5. *Alfälliges*

Erledigung:

Öffentlicher Teil

zu 1.) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Der Vorsitzende, GR Dr. Wolfgang Leinberger, eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2.) Ankündigungstafeln - Ansuchen um Aufstellung - Beratung:

Es liegt ein Ansuchen der Firma Obermoser bezüglich der Aufstellung einer Ankündigungstafel im Bereich der Bundesstraße 1 gegenüber dem Sägewerk Schörghofer vor.

Über das konkrete Ansuchen bzw. die allgemeine Handhabung solcher Werbeeinrichtungen soll beraten werden.

Herr Rupert Obermoser, der ansuchende Unternehmer, ist als Zuhörer anwesend und kann laut Vorsitzenden auch als Auskunftsperson herangezogen werden.

GR Dr. Leinberger zitiert das dafür heranzuziehende Ortsbildschutzgesetz.

GV Herbert Thalhammer stören die bisherigen Ankündigungstafeln für Veranstaltungen in dieser Wiese. Er ist der Meinung, dass im Falle der Bewilligung eine solide Ausführung gemacht werden soll. Er warnt aber vor ähnlichen Folgewirkungen. Es ist auch ein Unterschied ob Vereine oder örtliche Unternehmer eine solche Werbemaßnahme begehren.

GR Ebner fragt bezüglich dem genauen Standort nach, ob dieser bei der bestehenden Mauer situiert ist. Dies bejaht Herr Obermoser.

GR Eisl sieht das grundsätzlich nicht negativ, aber warnt vor den Folgewirkungen weiterer Ansuchen.

GR Aberger ist für die Förderung heimischer Betriebe, daher kann sie das unterstützen.

GV Kaindl weist ebenfalls darauf hin, dass weitere Ansuchen nicht ausbleiben werden, ist aber grundsätzlich für das vorliegende Ansuchen.

GR Dr. Leinberger weist auch darauf hin, dass die Firma Obermoser eine weitere Tafel in Hankham, in gegenläufiger Fahrtrichtung, geplant hat.

Herr Obermoser gibt weitere detaillierte Angaben zur Ausführung der Ankündigungstafeln.

Laut GR Dr. Leinberger schreckt das einzelne Beispiel nicht, allerdings Folgewirkungen sind sicher gegeben und nicht zu verhindern. Er betont weiter die ausschließliche Nutzung zur Eigenwerbung der Firma Obermoser.

GR Ebner schlägt die im Gesetz vorgegebene Befristung von 5 Jahren vor, weil dann ohnehin die Umfahrung Wirklichkeit ist und daher die Werbewirksamkeit nicht mehr gegeben sein wird. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass rechtlich ein Abbau nach 5 Jahren schwer durchsetzbar sein wird, weil bei Vorliegen gleicher Voraussetzungen eine Bewilligung nicht versagt werden kann.

Der Vorsitzende bringt zur Abstimmung, wer für die Bewilligung der Ankündigungstafel ist. Voraussetzung ist die Befristung auf vorerst 5 Jahre und sie muss dem Zweck der Eigenwerbung der ansuchenden Firma Obermoser dienen. Dieser Beschluss wird dem Bürgermeister als Behörde mitgeteilt.

Dem wird einstimmig zugestimmt.

Vizebgm. Walter Seidl sagt zu diesem Thema, dass er ebenso wie der Herr Bürgermeister nicht für eine Aufstellung derartiger Werbetafeln ist. Es gibt andere Möglichkeiten Werbung im Ort zu machen. Er wäre z.B. für Werbung an Bushaltestellen.

Frau GV Lipp fragt, wie es ist, wenn die Umfahrung fertig gestellt ist, ob derartige Werbung dann hinfällig ist.

Lt. Bürgermeister gibt es außerhalb des Ortes keine Werbung. Die jetzige Variante soll lt. GR. Dr. Wolfgang Leinberger auf 5 Jahre befristet werden.

Es wird noch über die Werbewirksamkeit von Buswartehütten diskutiert.

GR Herbert Thalhammer sagt, dass im Ausschuss nur über die Tafel beim Sägewerk Schörghofer abgestimmt wurde. Herrn Obermoser plant auch in Hankham eine solche Tafel aufzustellen.

GV Johann Riedl glaubt, dass man nicht im Ort die Aufstellung genehmigen kann und in Hankham nicht.

Der Bürgermeister sagt, es muss das Ortsbildschutzgesetz eingehalten werden.

zu 3.) " B 1 - alt" - gemeinsame Standortbestimmung:

Der Vorsitzende berichtet über den zügigen Fortschritt bei der Ortsumfahrung und möchte als Folge daraus auch den derzeitigen und zukünftigen Status der jetzigen Ortsdurchfahrt besprochen haben.

GR Dr. Leinberger weist auf die bisherigen Besprechungen und die geplanten Eigentumsveränderungen hin. Die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen waren Grundlage einer Planung

für mögliche Gestaltungsflächen auf oder neben der jetzigen Ortsdurchfahrt. Die Planunterlagen des Planungsbüros Spirk & Partner werden durchgegangen.

Ein durchgehender Geh- und Radweg ist auf Grund der geringen Breiten und der notwendigen Bypassfunktion der jetzigen Bundesstraße für die Umfahrung nicht möglich.

Die möglichen Gestaltungsflächen werden einzeln durchgegangen. Der Ausschuss sieht im Gesamtprojekt ein langfristiges Projekt, das nicht auf einmal verwirklicht werden kann.

GR Dr. Leinberger weist auf das Verkehrskonzept hin, das im Zusammenhang mit der Umfahrung überarbeitet wurde. Er weist auf einzelne Punkte ausdrücklich hin und zitiert diese.

In diesem Zusammenhang möchte er zu dem Thema mehr Informationen an die Bevölkerung heran tragen, damit eine breitere Bewusstseinsbildung erzielt werden kann. Er denkt dabei z. B. an ein Schulprojekt, in dem sich die jungen Leute mit dem Thema auseinandersetzen. Konkret ist dabei die Hauptschule gemeint, wobei es eine Fortsetzung in einem Maturaprojekt in der HTL finden könnte. Ein diesbezüglicher Gesprächstermin wurde mit 10.2.2005, 19.00 Uhr bereits fixiert. Es soll ein Startgespräch für das Projekt sein, wobei das Ende bzw. der Ausgang relativ offen ist.

GV Schmidhuber will scheinbar geglückte Beispiele von Ortsgestaltungen aufgreifen und diese Beispiele an Ort und Stelle besichtigen, weil Erfahrungen aus der Praxis sehr wichtig sind.

Es entsteht eine rege Diskussion, die das wirtschaftliche Leben im Ort nach der Ortsumfahrung zum Inhalt hat.

GR Mag. Eisl weist darauf hin, dass auch außen stehende Meinungen schon wichtig sind, weil man selbst ein bisschen betriebsblind wird. Ebenfalls eingebunden werden soll die örtliche Gendarmerie.

GV Schmidhuber befürchtet, dass der Zeitpunkt für den Projektstart relativ bald ist und am Ende die Luft und Energie bei dem Projekt heraus ist.

GR Dr. Leinberger sieht schon ein, dass es relativ bald ist, aber alle Vorbereitungs- und Planungsarbeiten brauchen Zeit und die danach folgenden Realisierungen brauchen wiederum Zeit, daher glaubt er, es ist der passende Zeitpunkt.

GV Herbert Thalhammer sieht das ähnlich, weil eben alles seine Zeit braucht.

Der Ausschuss nimmt diesen Wissensstand einhellig zur Kenntnis.

zu 4.) Diverse Verkehrsangelegenheiten:

zu 4.1.) Dr.-Max-Gmachl-Weg - Fahrverbot für LKWs - Beratung:

In dem angeführten Straßenabschnitt gab es einmal ein Fahrverbot für LKW's, das derzeit nicht mehr besteht. Seit der Demontage der Verkehrstafel, die nach einer Überprüfung sämtlicher Verkehrstafeln durch die Bezirkshauptmannschaft erfolgte, ist der Verkehr von Lastkraftwagen laut Anrainerbeschwerden wieder gestiegen.

Es soll laut Ausschuss eine Erhebung der tatsächlichen Belastungen vom Amt erfolgen.

zu 4.2.) Altentannstraße - Verkehrsaufkommen:

Ein Schreiben des Anrainers Johann Spöttl verliert der Ausschussvorsitzende Dr. Leinberger. Darin wird die zunehmende Verkehrsfrequenz in dem Bereich kritisiert. Vor allem seit das Gut Aiderbichl derart öffentlichkeitswirksam auftritt und ein dem entsprechender Besucherstrom dorthin geht, wird die Situation zunehmend schwieriger.

Der Bürgermeister wird mit Herrn Spöttl bezüglich des Schreibens ein Gespräch führen.

GV Kaendl fragt, wann die geplante Straße von Streimling bis zur Altentannstraße gebaut werden soll.

Laut Bürgermeister ist das erst im Zuge der Bautätigkeiten für die Umfahrung sinnvoll, derzeit soll laut DI Andorfer das nicht angegangen werden.

zu 4.3.) Schulparkplatz - Ausfahrt;

Ein Schreiben der beiden Schulleiter zur Ausfahrtssituation aus dem Schulparkplatz wird verlesen. Darin wird die Anbringung von Verkehrsspiegeln auf der gegenüber liegenden Seite ange-regt.

Mit dem Thema hat man sich schon früher auseinander gesetzt und leider keine wirklich sinnvol-le Lösung gefunden, die auch eine Verbesserung bedeuten würde. Selbst ein sehr kostspieliger Umbau des gesamten Parkplatzes hätte die Ausfahrtssituation nicht wesentlich verbessert.

GR Dr. Leinberger ist der Meinung, dass sich die vorgeschlagene Veränderung nicht unbedingt positiv auswirken wird, weil der Spiegel vielleicht noch ein zusätzliches Ablenkungspotential darstellt und für die Fußgänger kein zusätzlicher Schutz ist. Man könnte allenfalls einige Meter Hecke entfernen, damit die Einsicht auf die Gehsteige besser gegeben ist.

Auch GV Aberger und GV Kaindl schließen sich dem an.

GV Thalhammer wäre für das schräge Versetzen der Hecke, damit könnte die Sicht verbessert werden ohne die Hecke zur Gänze zu entfernen.

Die Lösungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Hecke wird den Schulleitern mitgeteilt und auf die Durchführbarkeit geprüft.

zu 4.4.) Querungshilfe Hankham - Beratung;

Der Beschluss der Gemeindevertretung wurde an die Bezirkshauptmannschaft weiter geleitet und es wurde eine straßenpolizeiliche Verhandlung durchgeführt. Die Verhandlungsschrift ver-liest GR Dr. Leinberger und stellt die weitere Vorgangsweise zur Diskussion.

Zu erheben wäre in diesem Zusammenhang die Fußgängerfrequenz, da die Verkehrsfrequenz für motorisierte Fahrzeuge auf Grund der Zählungen für die Umfahrung aktuell vorliegt.

Laut Postenkommandant Weigl werden die erforderlichen Fußgängerfrequenzen in diesem Ge-biet nicht erreicht werden, daher ist die Frage, ob man eine Erhebung überhaupt durchführen soll.

GV Schmiedhuber schlägt ein blinkendes Verkehrs- oder Hinweiszeichen vor, ohne einen Zebra-streifen oder dergleichen zu errichten. Allerdings ist die rechtliche Machbarkeit nicht geklärt, er müsste sich diesbezüglich erkundigen.

GV Mag. Eisl glaubt, dass man mit dem derzeitigen Zustand leben muss, weil eine sinnvolle Lö-sung derzeit schwer zu erreichen sein wird.

GR Dr. Leinberger bittet GV Schmiedhuber seine Überlegungen auf rechtliche Machbarkeit zu prüfen und wieder bekannt zu geben. Das wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

zu 5.) Allfälliges.

GV Schmidhuber informiert über die Situation in der Lichtentannstraße, in der er mit einem Ver-kehrssachverständigen vor Ort war. Das stellt ein wirklich großes Problem dar, gegenüber den heute dargelegten Problemstellen. Es gibt keine Lösung, es könnte allenfalls eine bauliche Ver-engung der Fahrbahnbreite einen Begegnungsverkehr von zwei Lastkraftwagen verhindern und damit die Geschwindigkeit verringern.

Laut Bürgermeister Eder wird im Zuge der Umfahrung die Lichtentannstraße provisorisch verlegt, damit könnte die Verringerung der Geschwindigkeit ohnehin erreicht werden.

GV Schmidhuber sieht einen großen Gefahrenherd für Unfälle, wobei nicht auszuschließen ist, dass etwas passiert. Die derzeitige Situation ist eine gewisse Zwickmühle, und man sollte unbedingt weiter nachdenken welche Lösungsansätze sinnvoll und möglich wären. Ein Geh- und Radweg hinter den Häusern wäre schon eine Verbesserung für die Fußgänger und Radfahrer. Auch die bereits angesprochene Standortverlegung sollte nicht gänzlich außer Acht gelassen werden.

Derzeit wird die Entwicklung durch die Provisorien für die Umfahrung abgewartet, danach könnten Fahrbahnverengungen, diese zuerst auch provisorisch, errichtet werden.

GR Mag. Eisl fragt bezüglich Geh- und Radweg Marieninsel an, ob es dabei Bewegungen gegeben hat.

Bürgermeister Eder berichtet über eine Kostenschätzung für die Gesamtablöse bzw. einen Teilabbruch, der auch eine Lösungsmöglichkeit darstellen würde. Das wird noch geprüft und danach könnte eine Entscheidung fallen. Eine Schätzung seitens des Landes wird noch zugestellt. GV Elfriede Schwaiger fragt, was die Kästen an Verkehrszeichen bedeuten, die bei der Wallersee Landesstraße und bei der Henndorfer Landesstraße angebracht sind.

Diese dürften zu Verkehrszählungen dienen.

zu 4.) Bericht und Anträge des Ausschusses für Schule, Kindergarten, Soziales und Kultur:

Der Ausschuss hat unter dem Vorsitz von Vizebürgermeister Walter Seidl am 3. Februar über folgende Tagesordnung beraten:

1. *Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;*
2. *Ferienbetreuung Schul- und Kindergartenkinder – Beratung;*
3. *Kindergartentarife 2005/2006 – Beratung;*
4. *Allfälliges;*

Erledigung:

Öffentlicher Teil

zu 1.) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;

Der Ausschussvorsitzende eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2.) Ferienbetreuung Schul- und Kindergartenkinder - Beratung;

Der Vizebürgermeister berichtet als Vorsitzender über den Wunsch vieler Eltern in den Sommerferien eine Betreuung anzubieten. In den letzten Jahren ist der Kindergarten 3 Wochen geschlossen gewesen, das ist auch heuer wieder so vorgesehen und laut Kindergartenleiterin ist der Bedarf damit abgedeckt.

Für die Schulkindgruppe soll eine Regelung gefunden werden, gesetzlich ist die Betreuung ja nur während der Schulzeit vorgesehen.

Weiters tritt vermehrt der Wunsch auf, dass auch für Kinder, die nicht in der Schulkindgruppe sind, eine Ferienbetreuung angeboten werden soll. Allerdings lässt die personelle Situation im

Kindergarten nicht zu, dass eine solche Betreuung auch noch von den Kindergartenpädagoginnen abgedeckt wird.

Frau GV Lipp führte eine Umfrage über den Betreuungsbedarf durch.

GR Dr. Leinberger fragt, von wem diese Umfrage durchgeführt wurde.

Frau GV Lipp nennt die engagierten Damen, die ihr mithalfen und gemeinsam diese Umfrage machten. Sie begründet den Termin der Umfrage, da dieser schon Ende letzten Jahres durchgeführt wurde, da es im Jänner schon zu spät wäre.

Frau GV Mag. Eckereder-Edtstadler wünscht sich genaue Zahlen der Umfrage, die ihr Frau Lipp mitteilt.

GV Dr. Kirchttag sieht kein Problem darin, da sich jeder seinen Urlaub so einteilen kann, dass er auch im August oder September Urlaub nehmen kann.

Bürgermeister Eder meldet sich zu Wort und erklärt, dass Kindergarten und Schulkinderbetreuung grundsätzlich mitsammen nichts zu tun haben. Es sind zwei verschiedene Betreuungseinrichtungen, die nur bei uns räumlich und personell vom Kindergarten abgedeckt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Struktur nicht unbedingt der Kindergarten sein muss, es kann die Betreuung auch in der Schule oder im Jugendtreff erfolgen.

GV Mag. Eisl schlägt vor, dass es in der heutigen Zeit unbedingt notwendig ist, dass der Kindergarten ganzjährig geöffnet ist. Man soll jetzt nicht neue Strukturen schaffen, da in einigen Jahren der Kindergarten aufgrund des Geburtenrückganges wahrscheinlich nicht mehr auslastet sein wird.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass mehr als zwei Schulkinderbetreuungsgruppen zur Zeit im Kindergarten nicht möglich sind und daher muss nach anderen Möglichkeiten gesucht werden.

Er sagt, dass das Jugendtreff frei steht und über die ganzen Ferien eine Betreuung für die Schulkinder überlegt werden soll.

Der Vorsitzende fragt, ob wir überhaupt eine Ferienbetreuung wollen und falls ja, wie machen wir es.

Er schlägt vor, für die heurigen Ferien ein Pilotprojekt für Pflichtschüler zu starten. Zuerst soll eine Erhebung über den Bedarf durch die Gemeinde gemacht werden. Er schlägt einen Preis von ca. 25 bis 30 Euro pro Woche und Kind (Sozialtarif, über gesonderten Antrag) vor, wobei die Betreuungszeit von Montag bis Freitag von 7.30 oder 8.00 Uhr bis ca. 14.00 Uhr betragen soll. Einstimmig wird der Ferienbetreuung zugestimmt nur über die Kosten soll noch in anderen Gemeinden nachgefragt werden.

Lt. Bürgermeister wäre uns dabei Frau Buchacher vom Salzburger Hilfswerk behilflich, da wir auch vom Amt der Salzburger Landesregierung eine Genehmigung und eine Förderung brauchen.

Bürgermeister Eder schlägt vor, dieses Projekt zu starten. Die Kosten sollen mit einem wöchentlichen Betrag von 28.-- € festgelegt werden. Es soll ein Versuch sein, man muss erst in der Praxis feststellen welche Kosten bzw. welche Förderungen anfallen. Es soll auch wie beim Kindergarten einen Sozialtarif geben.

Frau GR Mag. Hilde Eisl betritt den Sitzungssaal.

Der Bürgermeister stellt folgenden Antrag:

Betreuung der Pflichtschulkinder während der Ferienzeit.

Betreuungszeit Montag – Freitag von 7.30 – bis 14.00 od. 15.00 Uhr.

Kosten pro Woche €28.--.

Sozialtarif €20.-- pro Woche.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

zu 3.) Kindergartentarif 2005/2006 - Beratung:

Der Ausschussvorsitzende berichtet über die Notwendigkeit der Festlegung der Kindergartentariife, damit bei der Einschreibung bereits die neue Gebühr bekannt gegeben werden kann.

Er bringt die derzeitigen Tarife zur Kenntnis.

Die Kindergartentariife wurden in den letzten zwei Jahren nicht angehoben, daher sollen sie heuer wieder angehoben werden.

Die neuen Tarife sollen lauten:

<i>Gebühr pro Kind und Monat</i>	<i>€ 71,--</i>
<i>Für 2 Kinder pro Kind u. Monat</i>	<i>€ 56,--</i>
<i>Sozialtarife</i>	<i>€ 56,--</i>
<i>Spielgruppe</i>	<i>€ 22,--</i>
<i>Kindergartenbus</i>	<i>€ 26,--</i>
<i>Mittagstisch</i>	<i>€ 1,90</i>
<i>Altersgemischte Schulkindgruppe</i>	<i>€ 62,--</i>

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig diese Gebühren zur Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung.

Der Bürgermeister bringt diese Vorschläge zur Abstimmung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

zu 4.) Allfälliges.

Das Ausfahrtsproblem des Parkplatzes bei der Schule wird durch einen Spiegel nicht wesentlich verbessert, besser wäre die Hecke einige Meter wegzunehmen.

GR Dr. Kirchttag möchte die Einbahnregelung in die andere Richtung.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Einbahnregelung bereits aufgehoben wurde.

Auf die Frage, wie das Schulbuffet läuft, teilt der Bürgermeister mit, dass Fr. Mairinger sehr zufrieden ist.

Hr. GV Wieder fragt nach der Resonanz über den Direktor der Hauptschule.

Das Problem mit dem Rauchen im Park hat er mit den Lehrern in Griff bekommen und hat sich somit gelöst.

Auf die Frage der Computerausstattung teilt der Bürgermeister mit, dass die Gelder im Vorschlag enthalten sind und sich der Hauptschuldirektor um entsprechende Angebote kümmert.

zu 5.) Bericht und Anträge des Ausschusses für Bau- und Raumordnungsangelegenheiten und Gemeindeliegenschaften:

Der Ausschuss hat am 9. Februar 2005 die letzte Sitzung abgehalten und folgende Tagesordnung beraten.

TAGESORDNUNG.

1. *Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;*
2. *Änderungen des Flächenwidmungsplanes - Beratung;*
 - 2.1. *Änderung im Bereich Hausstattstraße;*
 - 2.2. *Änderung im Bereich Bergsiedlung;*
 - 2.3. *Änderung im Bereich Landesstraße;*
3. *Übernahme von Straßen in öffentliches Gut - Beratung;*
4. *Verkauf eines Gemeindeweges - Beratung;*
5. *Allfälliges;*

Erledigung:

Öffentlicher Teil

zu 1.) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;

Der Bürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2.) Änderungen des Flächenwidmungsplanes - Beratung;

zu 2.1.) Änderung im Bereich Hausstattstraße;

Die Ehegatten Wolfgang und Maria Santner beantragten die Änderung der im Räumlichen Entwicklungskonzept (REK) für den Bereich Hausstattsiedlung festgelegten Siedlungsgrenzen und die Ausweisung von Bauland im Ausmaß von ca. 7200 m² auf Teilflächen der Grundstücke 1412, 1413 und 1415, alle KG. Henndorf. Dem Ausschuss liegt dazu eine Stellungnahme vom 14.12.2004 des Raumplaners Dipl.Ing. Günther Poppinger vor. In der Stellungnahme wird zunächst hingewiesen, dass bei der generellen Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes eine Baulandausweisung in diesem Bereich im Ausmaß von 4000 m² beantragt war und damals auf Grund des Widerspruches zum REK keine Baulandausweisung vorgenommen wurde. Abschließend führt der Raumplaner in seiner Stellungnahme aus, dass das REK der Gemeinde Henndorf bereits ein Alter von 8 Jahren erreicht hat und eine Fortschreibung angedacht werden könnte, bei der gesamtheitlich die Siedlungsgrenzen überprüft werden könnten.

Der Raumplaner Dipl.Ing. Günther Poppinger erläutert dem Ausschuss seine Stellungnahme. Es werden Bedenken hinsichtlich der Verkehrsaufschließung geäußert. Dazu führt Dipl.Ing. Poppinger aus, dass die verkehrsmäßige Erschließung im FWP-Änderungsverfahren zu prüfen ist.

Der Ausschuss kommt zum Entschluss, dass der Antrag auf Umwidmung bis zur Gesamtänderung des REK zurückgestellt werden soll.

zu 2.2.) Änderung im Bereich Bergsiedlung:

Herr Johann Hauser, Berg 6, beantragte eine Baulandausweisung im Bereich Bergsiedlung, auf dem Grundstück 2346/1, KG. Henndorf, im Ausmaß von ca. 3700 m². Der Bürgermeister erläutert dem Ausschuss die Lage der beantragten Umwidmungsfläche. Er führt aus, dass bei der ursprünglichen Umwidmung seitens der Landesregierung eine Baulandwidmung für die gesamte Fläche möglich gewesen wäre, jedoch diese vom Grundeigentümer nicht in Anspruch genommen wurde. Auf Grund der beabsichtigten Vergrößerung des landwirtschaftlichen Betriebes hat sich die Situation des Antragstellers geändert.

Der Bürgermeister bringt zu Abstimmung, ob das FWP-Änderungsverfahren eingeleitet werden soll.

Einstimmige Annahme.

zu 2.3.) Änderung im Bereich Landesstraße:

Die Ehegatten Franz und Maria Seitner, Fenning 18, beantragten für Teilflächen der Grundstücke 2160/1, 2209 und 2164/1, KG. Henndorf, im Bereich Hoferstraße/Landesstraße eine Gewerbegebietswidmung im Ausmaß von ca. 15300 m². Das FWP-Änderungsverfahren wurde bereits eingeleitet.

Der Bürgermeister informiert den Ausschuss, dass bei der geplanten Umfahrungsstraße im Kreuzungsbereich Landesstraße/Hoferstraße der Kreisverkehr nicht errichtet wird. Stattdessen werden Auf- und Abfahrtsarme von und zur Umfahrung hergestellt. Eine Anbindung der Hoferstraße ist nach dem vorliegenden Vorabzug nicht vorgesehen. Die Hoferstraße soll als Geh- und Radweg geführt werden. Für die Landesregierung ist eine Entscheidung der Gemeindevertretung erforderlich, ob die Hoferstraße in die Umfahrungsstraße eingebunden werden soll.

Der Ausschuss kommt zum Entschluss, dass bis zum Vorliegen dieser Entscheidung mit der Ausarbeitung des Entwurfes zur Änderung des FWP gewartet werden soll.

zu 3.) Übernahme von Straßen in öffentliches Gut - Beratung:

Der Bürgermeister erläutert, dass die Straßengrundstücke im Bereich Bulachersiedlung noch nicht in das öffentliche Gut übernommen wurde und ein Abschluss dieser Angelegenheit sinnvoll wäre, weil die Straßen von der Gemeinde betreut und die Kanalisationsanlagen bereits von der Gemeinde übernommen wurden.

Der Bürgermeister bringt zur Abstimmung, ob die Straßengrundstücke ins öffentliche Gut übernommen werden sollen.

Einstimmige Annahme.

Bürgermeister Eder stellt an die Gemeindevertretung den Antrag, die Straßengrundstücke von Herrn Bulacher in das öffentliche Gut zu übernehmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr Paul Santner, Walsersstraße 15, 5071 Wals ist Eigentümer der Straßenparzellen im Bereich Buchenweg, Fenningsstraße und Tannenweg.

Der Bürgermeister bringt zur Abstimmung, ob die Straßengrundstücke ins öffentliche Gut übernommen werden sollen.

Einstimmige Annahme.

Bürgermeister Eder stellt an die Gemeindevertretung den Antrag, die Straßengrundstücke in das öffentliche Gut zu übernehmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

zu 4.) Verkauf eines Gemeindeweges - Beratung:

Von Andreas Neudeck, Berg 43, liegt dem Ausschuss ein Antrag zum Ankauf einer Teilfläche von der bei ihm vorbeiführenden Gemeindestraße (Gst.Nr. 3152) vor. Über diese Straße werden landwirtschaftliche Grundstücke des Anrainers Wolfgang Wehrle aufgeschlossen. Vor einer weiteren Behandlung des Antrages ist von Wolfgang Wehrle eine Zustimmungserklärung zur Auflassung der Wegfläche vorzulegen.

zu 5.) Allfälliges:

Keine Wortmeldungen.

zu 6.) Bericht und Anträge des Ausschusses für Umwelt, Sport, Jugend, Freizeit und Fremdenverkehr:

Der Ausschuss hielt am Donnerstag 24.2.2004 um 19.00 Uhr seine Sitzung unter Vorsitz von GV Friedrich Schmiedhuber ab und behandelt dabei folgende Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;
2. Ferienprogramm 2005 der Gemeinde, Vorstellung durch Renate Eherer;
3. Vorbereitung des Aktionstages "Sauberes Henndorf" (Gebietseinteilung, Aufgabenverteilung);
4. Allfälliges;

Erledigung:

Öffentlicher Teil

zu 1.) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Der Vorsitzende, GV Friedrich Schmiedhuber, begrüßt alle Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

zu 2.) Ferienprogramm 2005 der Gemeinde - Vorstellung durch Renate Eherer:

GV Friedrich Schmidhuber begrüßt dazu Renate Eherer und ersucht sie ihre Vorstellungen darzubringen.

Frau Eherer erläutert die von ihr geplante Vorgangsweise und erklärt den frühen Termin, der urlaubsbedingt ist. Sie hätte gegenüber dem Vorjahr einige Änderungen angedacht. Die Vereine sollten nach wie vor eingebunden werden, zusätzlich denkt sie an den Elternverein, die Schulen, den Kindergarten, das JUZ, aber auch kleine Henndorfer Gewerbebetriebe wären sehr interessant. Sie möchte eine große Schlussveranstaltung machen, damit man die Aktivitäten auch präsentieren kann. Bei dieser Veranstaltung schlägt sie unterschiedliche Dinge wie Karaoke, Sketche oder dgl. vor, um das Programm noch attraktiver gestalten zu können. Vor einigen Jahren gab es eine Kinderwerkstätte, auch dies könnte wieder eingebaut werden. Zur Präsentation der kleinen Handwerksbetriebe stellt sie sich eine Art Spaziergang z.B. zum Metzger, Bäcker, Schuster, Schlosser, Tischler, Obstverwerter, etc. vor. Die Handwerksbetriebe würden ihrer Meinung nach sicher bereit sein mitzumachen. 2004 war das Kochen beim Wirt eine beliebte Attraktion, allerdings war der Platz bei Herrn Benischek zu klein. Es könnte daher die Aktion auch auf mehrere Wirte ausgedehnt werden. Weiters regt sie einen Besuch in der Fun-Hall in Salzburg an, die in Kürze eröffnet wird und für Jugendliche sicher ein Anziehungspunkt wäre. Einige Kritikpunkte aus dem Jahr 2004, wie z.B. die Betreuung beim Golfen oder in Aiderbichl, spricht sie ebenfalls an. Wichtig ist, dass immer eine verantwortliche Person entweder von der Gemeinde oder vom Verein die ganze Zeit dabei ist.

Die Vorschläge von Frau Eherer sieht der Ausschuss sehr attraktiv und es wird als sehr positiv angenommen. Sie soll daher in der vorgeschlagenen Zeit ein Programm erstellen, die im Ausschuss vertretenen Gemeindevertreter stellen sich natürlich als Betreuer zur Verfügung.

GV Schmidhuber gratuliert zu den guten Ideen und dankt für das großartige Engagement. Er ersucht sie aus den vielen Vorschlägen ein Programm zusammenzustellen.

zu 3.) Vorbereitung des Aktionstages "Sauberes Henndorf" (Gebietsaufteilung, Aufgabenverteilung):

Zu diesem Tagesordnungspunkt erwähnt der Vorsitzende die bisherige Vorbereitung und möchte heute die weiteren erforderlichen Schritte besprechen.

Heute soll die letzte Vorbereitungssitzung sein, danach geht es nur mehr um organisatorische Dinge. Es sollen vor allem die Sammelbereiche fixiert werden.

Folgende Bereiche sollten auf alle Fälle betreut werden:

1. B1 – Schörghofer bis Eggerberg (Warnwesten wären wichtig - Bauhof)
 - a) Schörghofer – Enzing
 - b) Enzing – Eggerberg
2. Bauhof bis Gersbach inkl. Henndorfer Landesstraße
3. Vogltenn mit Beginn beim Sylvester-Wagner-Weg
4. Park inkl. Carl-Zuckmayer-Weg bis Riedermühle eventuell bis Teufelmühle
5. Sportplatzstraße bis Seebrunn
6. Uferweg hinter den Seehäusern zwischen Fenningerspitz bis Seebrunn
7. Wallerseestraße bis Seebrunn (ab Teufelmühle den Bach entlang)
8. Weg ab Halter bis Sagspitz
9. Henndorfer Landesstraße

Eine Gruppe soll 3 – 5 Personen betragen, wobei je nach Anzahl und Priorität die Einteilung direkt beim Start beim Bauhof erfolgt. Der Fahrer des Gemeindefahrzeuges soll über Handy erreichbar sein, damit schwere oder sperrige Sachen sofort geholt werden können.

Sollten andere wichtige Gebiete bekannt werden, kann die oben angeführte Prioritätenreihung noch ergänzt oder verändert werden.

GV Aberger sorgt für die Tombolapreise, wobei Preise für Erwachsene und Preise für Kinder vorgesehen sind.

zu 4.) Allfälliges;

Keine Wortmeldungen.

zu 7.) Antrag SPÖ - Fraktion - Erhebung zur Erstellung einer Projektstudie für betreubares Wohnen:

Die SPÖ-Fraktion hat für die Sitzung einen Antrag zur Erstellung einer Projektstudie für ein Modellprojekt „Alt und Jung“ (betreubares Wohnen und Startwohnungen) eingebracht, der den Fraktionsführern in Kopie beilieg.

Vizebürgermeister Walter Seidl verliest und erörtert den Antrag der SPÖ.

Der Bürgermeister erörtert zu dieser Situation, dass es eine Warteliste für die Seniorenwohnungen gibt. Auch bei den Mietwohnungen für junge Einwohner erhöht sich die Nachfrage. Laut Bürgermeister wäre auch die GSWB interessiert an einem solchen Bau, allerdings wäre die Grundstücksfrage noch zu klären. Es sollen auch die Erfahrungen aus dem letzten Seniorenwohnungsbau eingearbeitet werden. Er glaubt auch, dass nicht unbedingt eine großartige Studie notwendig wäre. Er wäre dafür, dass diese Angelegenheit vorerst einmal dem Bauausschuss zugewiesen wird, der sich dann unter Einbezug des Ortsplaners D.I. Poppinger damit beschäftigt. Der Gemeindevorstand soll sich mit Bauträgern bzw. gemeinnützigen Genossenschaften in Verbindung setzen.

Vizebürgermeister Seidl regt an, die Bürger und Bürgerinnen über das geplante Vorhaben zu informieren.

GR Johann Ebner wäre dafür, dass vor allem auch junge Henndorfer Wohnungen erhalten.

GR Dr. Leinberger ist ebenfalls der Meinung, dass der Bedarf zweifelsfrei gegeben ist und man dies sicherlich jetzt aufgreifen soll. Eine Studie hält auch er für nicht unbedingt notwendig.

Vizebgm. Seidl berichtet, dass er sich ein derartiges Projekt in Schwarzach angesehen hat. Dort sind die Seniorenwohnungen mit dem Seniorenwohnheim verbunden. Auch ist ein Alarmsystem für Senioren eingebaut.

GR Frau Mag. Eisl sagt dazu, dass dort im neuen Projekt eine Einsatzzentrale angesiedelt wird, damit die Senioren möglichst lange in der eigenen Wohnung bleiben können.

Die Gemeinde Henndorf muss mittel- und langfristig ohne Seniorenheim auskommen, daher wäre sie doch für eine Studie wie zukünftig Senioren in Henndorf leben sollen.

GR Dr. Wolfgang Kirchttag sagt dazu, dass die gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften in diesem Bereich genügend Fachleute und Erfahrungen haben und diese genutzt werden sollten.

Der Bürgermeister erörtert zu der Situation Seniorenheim, dass derzeit so ist, dass Menschen unter der Pflegestufe III nicht mehr in Seniorenwohnheimen aufgenommen werden können. Daher ist das geplante Projekt sehr wichtig.

GV Alois Hemetsberger fragt, ob man weiß wie sich der Bedarf zwischen Jung und Alt aufteilt. Dies bejaht der Bürgermeister.

GV Herbert Thalhammer glaubt, dass sich die Einstellung der jungen Menschen geändert hat. Man muss auch beruflich flexibler sein und aus einer Mietwohnung kann man schneller ausziehen als aus einer Eigentumswohnungen.

GR Frau Mag. Eisl sagt, dass es interessant wäre die Verbindung zwischen Jung und Alt herzustellen. Das Modell des Landes ist lt. Bürgermeister in der Wirklichkeit gescheitert, dass die Jugend den Alten und die Alten den Jungen helfen. Es gibt nur ein Nebeneinander und nicht ein Miteinander.

Aber man kann sicherlich die Wohnanlage gemischt gestalten.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, diesen Antrag der SPÖ dem Bauausschuss und dem Gemeindevorstand zur weiteren Behandlung zuzuweisen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

zu 8.) Auftragsvergabe Allwetterspielplatz - Beratung und Beschluss:

Für die Errichtung des Allwetterspielplatzes, der an Stelle des bisherigen Trainingsplatzes bei den Fußballplätzen errichtet wird, wurde eine Ausschreibung durchgeführt.

Die Ergebnisse der Ausschreibung und die Vorlage eines Vergabevorschlages wurde von der Baubetreuungsfirma SABAG bis zur Gemeindevertretungssitzung vorgelegt.

Es ging dabei nach Prüfung die Fa. STRABAG als Best- und Billigstbieter hervor, wobei 6 Varianten ausgearbeitet wurden und heute zur Entscheidung anstehen.

Die Varianten bewegen sich zwischen €473.000,-- u. €542.000,--, wobei laut Bürgermeister 3 Varianten in Frage kommen.

Die Varianten 2 u. 3 haben den gleichen Gesamtpreis.

Der Bürgermeister wäre für die Variante 4 mit einer Summe von €473.676,72,--.

GV Riedl sagt, dass er sich als Obmann der ÖTSU natürlich die Luxusvariante wünschen würde, allerdings der Preisunterschied von fast €70.000,-- ist beachtlich. Er sieht ein, dass dies für die Gemeinde eine hohe finanzielle Belastung darstellt. Gleichzeitig bittet er aber auch um weitere Unterstützung durch die Gemeinde bei der Abrundung der ganzen Anlage des Sportvereines. Der Sportverein hat im Zuge der Planung der Mehrzweckhalle z.G. der Gemeinde auf den Trainingsplatz verzichtet.

Herr Vizebürgermeister Seidl weist darauf hin, dass das Gutachten der ÖISS unbedingt beigebracht werden muss. Dies garantiert die Fa. STRABAG.

GR Herbert Thalhammer fragt, ob dies die gesamten Kosten mit Erdarbeiten und Unterbau bzw. sind. Das einzige, das nicht inkludiert ist, ist die Flutlichtanlage, erklärt der Bürgermeister.

Diesen Auftrag erhielt die Fa. Langer aus Henndorf.

GR Frau Mag. Eisl kommt noch auf die Ausführungen von GV Riedl als Obmann des Sportvereines zurück und fragt welche Mittel hier noch erwartet werden.

Er erörtert dazu, dass der obere Platz saniert werden muss und einige Änderungen erforderlich sind, damit dies eine abgerundete Anlage wird. Diese Änderungen werden allerdings die Mittel des Sportvereines übersteigen und er hofft dabei auf die Unterstützung der Gemeinde.

Allerdings in welcher Größenordnung sich die Kosten bewegen kann noch nicht gesagt werden. Der Bürgermeister ist der Meinung, dass dies zum gegebenen Zeitpunkt entschieden werden muss.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, die Firma STRABAG mit der Variante 4 zur Errichtung des Allwetterspielplatzes mit einer Auftragssumme von €473.676,72 zu beauftragen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

zu 9.) Dienstbarkeitsvertrag Salzburg AG - Hochspannungskabel für Mehrzweckhalle und Anschluss:

Für die Errichtung der Mehrzweckhalle ist die Stromversorgung mit einem Hochspannungskabel, das auf dem Gemeindeweg ab der Riedermühle bis zur zukünftigen Mehrzweckhalle verlegt werden soll. Dafür ist die Einräumung einer Dienstbarkeit, sowie die Anschlussgebühr zu behandeln.

Bürgermeister Eder erörtert die Situation laut Plan. Dazu wird ein Dienstbarkeitsvertrag notwendig.

Die Anschlussgebühren an die Salzburg AG werden ca. €30.000,-- betragen.

Vizebgm. Seidl sagt, dass ihm der Weg ein Anliegen ist. Der Bürgermeister erklärt dazu, dass dort ein Geh- und Radweg gemacht werden soll und dies im Plan zur Errichtung der Mehrzweckhalle bereits eingearbeitet ist.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den Dienstbarkeitsvertrag mit der Salzburg AG und die Anschlussgebühr in der Höhe von €30.424,-- zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

zu 10.) Informationen über Beschlüsse der Gemeindevorstellung:

Die Gemeindevorstellung hat am 7.2.2005 nachstehende Punkte behandelt, worüber der Bürgermeister informiert.

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;
2. Auftragsvergaben;
3. Personelles;
4. Allfälliges.

Frau GV. Mag. Karoline Eckereder-Edtstadler verabschiedet sich und verlässt den Sitzungssaal.

zu 11.) Allfälliges

Der Bürgermeister gibt einige Termine bekannt.

Weiters wird über das Thema Schneeräumung diskutiert. In diesem Zusammenhang bedankt sich der Vizebürgermeister für die gute Schneeräumung bei den Gemeindebediensteten.

Es wird auch noch über die Räumspflicht von Gehsteigen etc., die an private Grundstücke angrenzen diskutiert.

GV Friedrich Schmiedhuber möchte, dass die Gemeinde für die Schulkinder Warnwesten anschafft, die zur Sicherheit unserer Kinder dienen. Er glaubt bei den Beträgen die heute schon beschlossen wurden, sind für die Sicherheit unserer Kinder €900,-- kein Betrag.

Frau GV Lipp sagt, dass die Volksbank Leuchtbänder ausgeteilt wurden.

Der Bürgermeister sagt, dass dies sicherlich kein Problem ist dies anzuschaffen und es werden für die Volksschüler Warnwesten von der Gemeinde angekauft.

Geschlossen: 19.20 Uhr

Gelesen, genehmigt, gefertigt: